Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gack in Wildbad.

Nummer 155 | Fernruf 179. | Wildbad, Donnerstag, den 8. Juli 1920. | Fernruf 179. | 54. Jahrgang

Ausstattungen und Schenkungen an Kinder und ihre steuerrechtlichen Wirkungen.

Von Th. Bossler, Sindelfingen.

I. Gewaltig sind die Steuerlasten schon gewachsen; alle die Maßnahmen zur Erfassung der neuen Reichssteuern haben in ihrer Gesamtheit den Zweck, den Besitz grundsätzlich an der Wurzel zu fassen, zu verkleinern und für den Staat bereitzustellen. Gegen diese Absicht der Steuergesetze setzen sich die Betroffenen zur Wehr. Eine der Abwehrmaßnahmen besteht nun darin, daß Vermögensübertragungen und Schenkungen von den Eltern auf die Kinder vorgenommen werden. Keine Gesetzesvorschrift verbietet dem Steuerpflichtigen, zwecks Milderung seiner Besitzsteuern Bestandteile seines Vermögens seinen Kindern zu übergeben, es muß nur die Vermögensübergabe ernstlich gemeint sein; denn Willenserklärungen, die nur zum Schein abgegeben worden sind, sind nichtig.

Die Formen, in denen solche Vermögensübertragungen auf die Kinder erfolgen, sind

1. die Ausstattung: Das Bürgerliche Gesetzbuch versteht darunter die Uebertragung irgendwelcher Vermögenswerte von Eltern auf ein Kind aus einem besonderen Beweggrund, nämlich mit Rücksicht auf seine Verheiratung oder auf die Erlangung einer selbständigen Lebensstellung und ferner zu einem besonderen Zweck, zur Begründung oder zur Erhaltung der Wirtschaft oder der Lebensstellung. Dabei ist es ohne Belang, ob die Ausstattung notwendig ist, ob sie vor oder nach der Erreichung der Lebensstellung oder der Heirat erfolgt, sie kann in Grundstücken, in Zuwendung von Kapitalien, Hypotheken, Fahrnis oder in der Beteiligung am väterlichen Geschäft bestehen.

2. die Aussteuer: Diese ist der Inbegriff der zur Einrichtung des Haushalts einer heiratenden Tochter erforderlichen beweglichen Gegenstände. Den Anspruch auf Aussteuer hat also nur die Tochter, soweit

a) der Vater bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen ohne Gefährdung seines standesgemäßen Unterhalts dazu imstande ist;

b) die Tochter nicht selbst ein zur Beschaffung der Aussteuer ausreichendes Vermögen besitzt;

c) die minderjährige Tochter die erforderliche elterliche Einwilligung zur Heirat hat.

Die Tochter hat keinen Anspruch auf Aussteuer, wenn sie schon für eine frühere Ehe von den Eltern eine Aussteuer erhalten hat, oder wenn sie sich einer Verfehlung schuldig gemacht hat, die die Eltern berechtigt, ihr den Pflichtteil zu entziehen (körperliche Mißhandlung, Führung eines ehrlosen oder unsittlichen Lebenswandels).

Während die Aussteuer regelmäßig keine Schenkung ist, weder im rechtlichen, noch im steuerlichen Sinn, ist die Ausstattung an sich nach bürgerlichem Recht dann eine Schenkung, wenn ihre Höhe das den Vermögensverhältnissen der Eltern entsprechende Maß übersteigt. Das ist dann der Fall, wenn die Zuwendung so groß ist, daß der Vater z. B. in seinen Einkünften so beschränkt wird, daß er zur Aufrechterhaltung seiner bisherigen Lebensweise sich neue Einnahmequellen erschließen muß. Soweit Schenkung vorliegt, ist die Form des Schenkungsversprechens, die gerichtliche oder notarielle Beurkundung, zu wahren. Steuerrechtlich fällt die Ausstattung als Zuwendung ohne entsprechende Gegenleistung regelmäßig unter den Begriff der steuerlichen Schenkung. Eine Ausnahme bilden die Ausstattungen, die Kindern und Enkeln zur Einrichtung eines angemessenen Haushalts (also nicht zu andern Zwecken) gewährt werden. Ob diese Ausstattung, die nicht als Schenkung gilt, in Natur oder in Geld gewährt wird, ist ohne Bedeutung, wenn sie nur den Umständen nach angemessen, also nicht zu hoch ist.

3. Abfindung für Erbverzicht: Ein Kind kann durch Vertrag mit den Eltern auf sein Erbrecht gegen Gewährung einer Abfindung verzichten; dem Elternteil bleibt es unbenommen, das verzichtende Kind später noch in einem Testament zum Erben einzusetzen. Der Verzicht hat für das Kind die Wirkung, daß es kein Pflichtteilsrecht mehr hat und daß er, wenn nichts anderes bestimmt ist, sich auf die Abkömmlinge des Kindes (Enkel) erstreckt.

Die für den Verzicht gewährte Abfindung (Bargeld, Grundstücke oder sonstige Gegenstände) gilt als Schenkung und wird also von der Schenkungssteuer betroffen.

4. Schenkungen: Soweit Zuwendungen an Kinder nicht unter die vorstehenden Ausführungen fallen, oder entgeltlich sind, handelt es sich in der Regel um Schenkungen, wobei für die vollzogene Schenkung gerichtliche oder notarielle Beurkundung nicht vorgeschrieben ist, so daß also die Uebergabe von Kriegsanleihen an ein Kind ohne besondere Form geschehen kann. Alle diese Schenkungen unterliegen der Schenkungssteuer; Voraussetzung ist aber, daß das Kind durch die Schenkung eine Vermehrung, der Elternteil eine entsprechende Verminderung des Vermögens erfahren hat.

5. Gemischte Schenkungen liegen vor, wenn Gegenstände zu so billigem Preis veräußert werden, daß der Mehrwert als unentgeltlich übereignet anzusehen ist, so insbesondere bei den sogen. Uebergabeverträgen zwischen Eltern und Kindern (Gutsüberlassungen).

Diese Schenkungen sind mit dem den Wert der Gegenleistung übersteigenden Wert der Leistung schenkungssteuerpflichtig.

Zuwendungen, die auf gesetzlicher Unterhaltungspflicht beruhen (Erziehungs- und Ausbildungskosten), sind steuerfrei.

II. Die Schenkungssteuer hat rückwirkende Kraft erhalten. Alle diese Schenkungen, die nach dem 31. Dezember 1916 an die Abkömmlinge gemacht wurden, sind steuerpflichtig mit dem am 1. September 1919 noch vorhandenen Wert; sie sind steuerfrei, wenn der Schenker vor diesem Zeitpunkt gestorben ist.

Die Konferenz in Spa.

(Zweite Sitzung.)

Spa, 7. Juli.

Die zweite Sitzung der Konferenz, an der auf deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, Minister des Aeußern Dr. Simons, Reichswehrminister Dr. Geßler und General v. Seeckt teilnahmen, wurde kurz nach ½5 Uhr durch den belgischen Ministerpräsidenten de la Croix mit der Frage eröffnet, welches Mitglied der deutschen Delegation beauftragt sei, die Noten der Entente in der Frage der Entwaffnung zu beantworten.

Der Reichskanzler antwortete, daß Reichswehrminister Geßler dazu bereit sei.

Reichswehrminister Dr. Geßler schilderte den gegenwärtigen Zustand. Das deutsche Heer sei noch 200 000 Mann stark. Das Material sei ziemlich vollständig abgegeben. Die 200 000 Mann seien für die Regierung eine unumgängliche Notwendigkeit. Sie stellten das Mindeste dessen dar, was wir brauchten, angesichts der politischen Unruhen, die immer wieder zum Ausbruch kamen. Die schlimme wirtschaftliche Lage, das Heer der Arbeitslosen, das durch neue Entlassungen weiter vergrößert werde, die Kriegsbeschädigten, die Flüchtlinge aus den abgetretenen besetzten Gebieten, die Schwierigkeiten, die wir mit der Eintreibung der neuen Steuern hätten, alles das mache eine starke Macht in der Hand der Regierung notwendig. Auch sei die Regierung um das Schicksal der 20 000 Offiziere, die von der Entlassung betroffen würden, und deren Absichten niemand kenne, in starker Sorge. So sei die deutsche Regierung außerstande, die Wehrmacht weiter zurückzuschrauben.

Lloyd George stellte die Punkte auf, in denen die Verbündeten Deutschland Nichterfüllung des Friedensvertrags in militärischen Dingen zum Vorwurf machen, insbesondere, daß die Reichswehr statt 100 000 Mann 200 000 Mann umfasse und daß Deutschland statt der ihm zugestandenen 2000 Maschinengewehre 50 000 habe, statt der ihm zugestandenen 280 Geschütze 12 000. An Gewehren seien zwar 1,5 Millionen abgeliefert und die Hälfte davon bereits zerstört. Es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den Händen der deutschen Bevölkerung seien. Was gedenkt die deutsche Regierung zu tun und was hat sie bereits getan, um diese Gewehre den Verbündeten auszuliefern? Der Besitz der Gewehre sei ein politisches Gefahrmoment von außerordentlicher Schwere. Ihm gegenüber sei es verhältnismäßig gleichgültig, ob die Heeresstärke Deutschlands 100 000 Mann, 200 000 oder 300 000 Mann betrage. Diese Gefahr wollten die Verbündeten nicht mehr länger laufen und auch für die deutsche Regierung sei dieser Zustand höchst bedauerlich. Der deutschen Regierung fehle es entweder am guten Willen oder an der Macht. Die Verbündeten erwarten von der deutschen Regierung bis Mittwoch vormittag bestimmte Pläne, wie sie die Auslieferung dieser Waffen und die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann gestalten wolle.

Reichskanzler Fehrenbach betonte die Schwierigkeiten der Aufstellung eines weiteren Plans. Wenn die Verbündeten Deutschland Vertrauen schenken und ihm die Machtmittel belassen würden, dann würden wir die Auslieferung der Waffen und die Herabsetzung des Heeres leichter bewerkstelligen können. Die Entschädigungsforderungen der Verbündeten seien von dem Bestehen einer genügend großen Wehrmacht Deutschlands abhängig.

In scharfer Weise erwiderte darauf Lloyd George, daß die Verbündeten klare Angaben und Ziffern wollen. Die Konferenz von Spa, die er eingeleitet habe, habe es für zweckmäßig gehalten, sich geschäftlich zu unterhalten. Das gegenseitige Notenzuschicken habe keinen Zweck mehr.

Minister Dr. Simons erwiderte, daß die deutschen Teilnehmer nach Lage der Dinge nicht annehmen konnten, daß die militärische Frage an erster Stelle in Spa besprochen werden würde. Es sei zweifelhaft, ob bis Mittwoch morgen bestimmte Pläne vorgelegt werden können.

Lloyd George erwiderte, man werde genügend Zeit lassen und Präsident de la Croix setzte darauf die nächste Sitzung auf Mittwoch ½4 Uhr nachmittags an.

*

Berlin, 7. Juli. Der Reichsminister der Justiz Dr. Heinze ist gestern in Begleitung des Reichsanwalts Richter nach Spa abgereist.

Amsterdam, 7. Juli. Nach dem „Allg. Handelsblad" erklärte der belgische Ministerpräsident de la Croix in einer Unterredung mit Lloyd George, Millerand und Sforza, Belgien werde sich mit 8 Prozent der Gesamtentschädigung zufrieden geben, wenn es bei der Bezahlung ein Vorrecht erhalte und der Goldfranken der Goldmark gleichgesetzt werde. (!) Lloyd George widersetzte sich dieser Forderung nachdrücklich und die Besprechung endete ergebnislos.

Verstimmungen in Spa.

Ueber die zweite Sitzung der Konferenz in Spa verbreitet WTB. einen ausführlichen Bericht. Man könnte daraus den Eindruck gewinnen, als ob in Spa bereits ein gereizte, wenig Gutes versprechende Stimmung herrsche. Lloyd George soll nach anderen Nachrichten sehr ungehalten darüber gewesen sein, daß die deutschen Sachverständigen über die militärischen Fragen nicht zur Stelle waren, als gleich nach Eröffnung der Konferenz in der ersten Sitzung die Verhandlung über die Entwaffnung als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die erste Sitzung wurde dann, wie gemeldet, abgebrochen und die Weiterverhandlung bis nach dem Eintreffen der sofort telegraphisch herbeigerufenen Sachverständigen, des Reichswehrministers Geßler und des Generals von Seeckt, vertagt. Lloyd George soll die Sitzung im Aerger verlassen haben. So melden Pariser Blätter.

Rein sachlich wäre gar kein Grund zur Verstimmung vorhanden gewesen, denn Reichsminister Simons hat mit Fug und Recht auf die — gelinde gesagt — Unhöflichkeiten Lloyd Georges erwidert, nach Lage der Sache haben die deutschen Vertreter nicht voraussehen können, daß die Entwaffnungsfrage vor der Hauptfrage, wegen deren die Konferenz ja überhaupt einberufen worden war: der Eingehung über die Höhe der Kriegsentschädigung behandelt werden sollte. Das Verfahren ist denn auch recht auffallend und es wäre jedenfalls Sache der Verbündeten bzw. des Obersten Rats gewesen, die deutsche Regierung von dem von ihnen beliebten Gang der Verhandlungen rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, dann wären die militärischen Sachverständigen Deutschlands mit dem Reichskanzler in Spa eingetroffen. Daß sie zur Zeit der Konferenzeröffnung noch nicht in Spa waren, mußte dem Obersten Rat genau bekannt sein, denn jeder Teilnehmer der Konferenz mußte vorgestellt und legitimiert werden. Die ganze Komödie des Erstaunt-seins über die Abwesenheit der Deutschen war also gar nicht nötig, es sei denn, daß sie einen besonderen Zweck hatte. Die Sache sieht nämlich ganz so aus, als ob hier wieder ein französisches Ränkespiel vorliege. In

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

der Entschädigungsfrage wird Frankreich wohl nachgeben und seine überspannten Forderungen herabsetzen müssen. Um die Ermäßigung in möglichst engen Grenzen zu halten, dafür ist es zweckdienlich, Deutschland immer wieder ins Unrecht zu setzen und gegen es Stimmung zu machen. Nichts war dazu geeigneter als die Vorschiebung der Entwaffnungsfrage, aus der zweifellos, rein formell betrachtet, eine Nichterfüllung des Wortlauts der Friedensvertragsbestimmungen herausgebracht werden kann. Aber es sind dies Bedingungen, die auch der beste Wille bisher nicht erfüllen konnte, so die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann und die Ablieferung der in der Zivilbevölkerung verborgenen Waffen. Daß große Mengen davon tatsächlich versteckt gehalten werden, ist kein Zweifel, bei jedem Aufruhr kommen wieder neue Mengen zum Vorschein. Und wenn man sie alle einsammeln und abliefern könnte, so wäre dies wahrscheinlich niemand lieber als der Reichsregierung. Aber dazu wären mindestens doppelt so viel Truppen und Polizeiwehren nötig, als wir jetzt besitzen, und gerade diese sollen vermindert oder ganz aufgelöst werden. Das ist ein schlau berechneter Plan. Sollte sich die Vermutung bestätigen, daß hier eine listige Falle gestellt worden ist, so wäre Lloyd George also auch hineingeraten, wie die ahnungslosen Deutschen, denn daß er um den Plan gewußt hätte, ist doch wohl kaum anzunehmen. Wie dem aber auch sei: auf keinen Fall hatte Lloyd George einen Grund und ein Recht, die Aufrichtigkeit der deutschen Regierung in Zweifel zu ziehen und den Vertretern gewissermaßen ein Ultimatum zu stellen.

Auf die Konferenz von Spa haben wir von Anfang an keine ausschweifenden Hoffnungen gesetzt. Andererseits ist aber auch noch nicht jede Aussicht auf eine Verständigung verloren. Es kommt nur darauf an, daß die deutschen Vertreter jetzt die Nerven behalten und die deutsche Würde wahren. Im schlimmsten Fall, wenn ihre Vorstellungen gar nichts mehr gelten sollen, wenn das würdelose Spiel von Versailles sich wiederholen sollte — was wenig wahrscheinlich sein dürfte —, dann können sie ihre Akten wieder einpacken und nach Hause zurückkehren. Es würde sich dann nur fragen, für wen die Krisis schädlicher ist, für Deutschland oder für die Verbündeten.

Neues vom Tage.

Proteststreik.

Berlin, 7. Juli. Seit gestern sind verschiedene Gruben im mitteldeutschen Braunkohlengebiet im Ausstand zum Protest gegen die hohen Lebensmittelpreise, gegen den Steuerabzug und gegen die Ablehnung einer geforderten Schichtzulage.

Saarbrücken, 7. Juli. Die gesamte Hütten- und Metallindustrie steht jetzt im Streik mit Ausnahme der Halberger Hütte. Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter haben sich für die Fortsetzung des Streiks erklärt.

Berlin, 7. Juli. Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen veranstalteten gestern nachmittag im Lustgarten eine Arbeitslosenkundgebung, in der etwa zehn Redner, meistens Unabhängige, sprachen. Als der Mehrheitssozialist Krüger eine gemäßigte Ansprache hielt, kam es zu einer allgemeinen Prügelei.

Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz.

Basel, 7. Juli. Die 8. Vertreterversammlung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz wurde gestern vormittag durch Nationalrat Wullschleger eröffnet. Erschienen sind 30 Vertreter von den Regierungen aller Ländersektionen, auch ein Vertreter des Hl. Stuhls und des Arbeitsamts des Völkerbunds in Genf. Ein Belgier wünschte von der deutschen Vertretung eine Erklärung, daß sie ihre „feindliche Gesinnung" wechsle, da ohne ein solches Bekenntnis ein Zusammenarbeiten unmöglich sei. Namens der deutschen Abteilung lehnte Professor Francke eine solche Erklärung ab, da die Abteilung niemals Politik getrieben habe. Der Vorwurf, sie habe Belgien verleumdet, sei unwahr. Zum Tagespräsidenten wurde Dr. v. Blarer-Basel gewählt. Generalsekretär Stefan Bauer gab eine Darstellung der Fragen, die zu besprechen sind: Wiederaufnahme der Arbeit am internationalen Arbeiterschutz, Uebertragung des Arbeitsamts Basel an das neue Arbeitsamt in Genf, neue Aufgaben der internationalen Vereinigung. Einstimmig gab man die Zusicherung, mit dem Arbeitsamt des Völkerbunds zusammenwirken zu wollen. Es wurden dann drei vorbereitende Ausschüsse gebildet.

Mahnung zur Sparsamkeit.

Bern, 7. Juli. Das eidgenössische Finanzamt erließ ein Rundschreiben an die Kantonregierungen, worin mit Rücksicht auf die allgemeine Geldknappheit vor der Anordnung neuer Ausgaben gewarnt wird.

Regierungswechsel in Ungarn.

Budapest, 7. Juli. Der Reichsverweser hat das Entlassungsgesuch der Regierung angenommen und das Ministerium mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte betraut.

Ministerpräsident Simony Senadan erklärte einem Berichterstatter gegenüber, Waren ungarischer Herkunft dürfen auf der Donau nicht befördert werden, falls der Bestimmungsort in einem Lande liege, gegen das sich die Vergeltungsmaßnahmen des ungarischen Staates infolge der Verhängung des Boykotts wenden müßten.

Krassins Rückkehr.

Amsterdam, 7. Juli. Der sozialistische „Daily Herald" (London) läßt sich aus Christiania melden, Lloyd George habe dem bolschewistischen Bevollmächtigten Krassin auf seine Rückreise nach Moskau ein Schreiben mitgegeben, worin er vorschlägt, daß Rußland und England beiderseits die Feindseligkeiten einstellen und sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten beider Länder bzw. der Verbreitung revolutionärer Bestrebungen enthalten sollen.

Krieg im Osten.

Warschau, 7. Juli. Die Rote Armee hat mit fünf Divisionen den Angriff gegen die Polen an der Nordfront nördlich der Bahnlinie Molodetschno-Polozk begonnen. Der Durchbruch wurde verhindert.

London, 7. Juli. (Reuter.) Das Kriegsamt teilt mit, die Reiterei des Generals Wrangel habe ein bolschewistisches Kavalleriekorps in Stärke von 18 Regimentern umzingelt. Nur 150 Mann seien entkommen. Die Zahl der Gefangenen beträgt 1000. 40 Geschütze, viele Maschinengewehre und eine große Menge Transportmaterial seien erbeutet worden.

Paris, 7. Juli. Dem „Temps" zufolge hat Mustafa Kemal Pascha eine Gesandtschaft nach Europa geschickt, um der englischen und französischen Regierung den Standpunkt der türkischen Nationalisten zum Friedensvertrag bekanntzugeben.

London, 7. Juli. Türkische Truppen haben nach der „Daily Mail" das Städtchen Baicos am Bosporus eingenommen. Die englischen und griechischen Truppen zogen sich zurück. Die englische Flotte beschoß die türkischen Stellungen die ganze Nacht hindurch.

Die amerikanische Präsidentenkandidatur.

Washington, 7. Juli. Die demokratische Partei wählte im 44. Wahlgang, nachdem noch Palmer und Mac Adoo ausgeschieden waren, den Gouverneur Cox einstimmig zum Kandidaten für die Präsidentschaft.

Zur Zuckerversorgung.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben:

Durch die Presse ist die Nachricht gegangen, es seien zu Beginn dieses Jahres große Mengen Zuckers aus Deutschland nach England ausgeführt worden. Wie festgestellt werden konnte, handelte es sich hierbei um Zucker aus Böhmen, der für England bestimmt war und Deutschland lediglich auf dem Transportwege berührt hat. Eine Ausfuhr von aus inländischen Zuckerrüben hergestelltem Zucker kann schon deshalb in erheblichem Umfange nicht mehr in Frage kommen, weil die ganze Inlandserzeugung kaum mehr zur Deckung des Inlandsbedarfs ausreicht. Dies ergibt sich aus einer Gegenüberstellung folgender Zahlen:

Im Wirtschaftsjahr 1913/14 hat Deutschland über 11 Millionen Doppelzentner im Inland erzeugten Zuckers (Rohzuckerwert) ausgeführt; im Inland wurden beinahe 15 Millionen Doppelzentner verbraucht. Einer Friedenserzeugung von insgesamt rund 27 Millionen Doppelzentner Rohzucker steht im letzten Wirtschaftsjahr 1919/20 eine Gesamt-Erzeugung von 6 900 000 Doppelzentner gegenüber, also nicht einmal mehr die Hälfte des Friedensverbrauchs im Inlande. Dieser gewaltige Rückgang in der Zuckererzeugung ist zurückzuführen auf den Rückgang des Zuckerrübenanbaues (Anbaufläche von dem Kriege 550 000 Hektar, gegenüber 267 000 Hektar im Jahre 1919/20) und auf die Erschwerung der Fabrikation; verursacht sind diese Erscheinungen durch das Fehlen geeigneter Arbeitskräfte sowie der nötigen Düngemittel und durch den Mangel an Kohlen und Transportmitteln, nicht zuletzt auch durch das Niederhalten der Preise für die Zuckerrüben.

Die Gesamtzuweisung an Zucker für die Marmeladefabriken betrug in dem laufenden Wirtschaftsjahr 325 000 Doppelzentner (gegenüber 1 950 000 Doppelzentner im Vorjahr) an Inlandzucker und 175 000 Doppelzentner an Auslandszucker. Diese Mengen sind bereits zu $^{6}/_{7}$ ausgegeben. Ganz kann die Belieferung der Marmeladefabriken nicht eingestellt werden, denn in Norddeutschland besteht ein starker Bedarf an Marmelade als Brotaufstrichmittel, auch würde durch die Nichtbelieferung eine beträchtliche Anzahl Arbeiter brotlos werden. Dem Antrag Badens und Württembergs, statt Marmelade Zucker zuzuweisen, ist nicht stattgegeben worden. Für die Süßigkeitsindustrie, die auf 15 Prozent des Friedensumsatzes beschränkt ist, sind im ganzen Deutschen Reich an Inlandszucker 140 000 Doppelzentner (gegenüber 427 000 Doppelztr. im vorigen Jahr) und an Auslandszucker 110 000 Doppelzentner zugewiesen worden; also auch hier eine Menge, die auf den Kopf der Bevölkerung berechnet keinen erheblichen Ausschlag gibt. Zur Herstellung von Fruchtwein und Fruchtsaft wird in diesem Jahr Inlandszucker nicht ausgegeben.

Schließlich sei noch erwähnt, daß eine wesentliche Besserung in der Zuckerversorgung durch Steigerung der Einfuhr in fühlbarem Maße nicht herbeigeführt werden kann, da in der ganzen Welt Zuckerknappheit herrscht und die Weltmarktpreise für Zucker dementsprechend hoch sind, was bei dem Stand unserer Valuta verstärkt ins Gewicht fällt. Immerhin wird zur Zeit versucht, eine kleinere Menge Auslandszucker für eine Sonderausgabe zu kaufen.

Württ. Landtag.

Das Programm der neuen Regierung.

Stuttgart, 7. Juli.

Präsident Walter eröffnet die 3. Sitzung des neugewählten Landtags um 4.15 Uhr. Das Haus ist gut besetzt. Die Ernennungen der neuen Minister werden dem Hause bekannt gegeben. Eine Reihe Anfragen und Anträge sind eingegangen. Die Insassen der württ. Lazarette verlangen in einem Telegramm sofortige Schritte zur Abwendung des Streiks der Angestellten der Lazarett- und Versorgungsbehörden.

Abg. Dr. Wolff (B.B.) berichtet über die Gültigkeit der Wahlen. Er beantragt namens des Ligitimationsausschusses die Wahlanfechtung in Steinkirchen OA. Künzelsau seitens des Hauptlehrers Gall und die in Lonsee OA. Ulm seitens des Rechtsanwalt Höhnle-Ulm an den Staatsgerichtshof zu überweisen, im übrigen sämtliche Mitglieder des Hauses für legitimiert zu erklären. Eine weitere Wahlanfechtung der gesamten Landtagswahl durch einen Studenten der Chemie in Tübingen wird dem staatsrechtlichen Ausschuß übergeben. Das Haus stimmt diesen Anträgen ohne Erörterung zu.

Dann tritt das neue Ministerium an den Regierungstisch.

Staatspräsident **Hieber:** Bei der Neubildung der württ. Regierung wurde der im Reich eingeschlagene Weg beschritten. Als oberste Richtlinien bei der Bildung des Ministeriums mußten stehen: **Ruhe und Ordnung im Staat, enge Zusammenarbeit von Land und Reich,** wirtschaftlicher und finanzieller Wiederaufbau, ehrliche Versöhnung und Versuch inneren Ausgleichs und das alles auf der Grundlage rückhaltlosen **Bekenntnisses zur Verfassung** und ihres unbedingten Schutzes. Der Staatspräsident sprach dann seinem Amtsvorgänger und den zurückgetretenen Ministern den Dank für ihre Tätigkeit aus, und bedauerte, daß die sozialdemokratische Partei ihre Mitwirkung verweigerte. Eine Beteiligung der äußersten Rechten an der Regierung müsse aus denselben Gründen wie im Reich ausgeschlossen werden.

Ein Vorschlag zur Vereinigung der beiden Ministerien der Ernährung und der Arbeit wird dem Haus unterbreitet werden

---

Wessen Bild trägst du im Herzen?

Roman von Erich Ebenstein.

7) (Nachdruck verboten.)

„Ihr Bruder ist hier . . . welch seltsamer Zufall! Aber kann . . ."

Sie schwieg und sah nachdenklich zu Boden.

Herbert v. Seilern hier! Sie hatte ihn viele Jahre nicht gesehen und nie nach ihm gefragt. Aber heimlich hatte sie seinen Aufstieg verfolgt und alles gelesen, was er veröffentlichte. Sie wußte, daß er auf dem Weg war, ein berühmter Mann zu werden — er, der . . . . nein, daran wollte und durfte sie sich nicht erinnern.

Aber daran durfte sie denken, daß er eine Kapazität auf dem Gebiete der Kinderheilkunde war und ihrem Kinde vielleicht jetzt Hilfe bringen konnte!

Sie richtete sich entschlossen auf.

„Das ist ein sehr glücklicher Zufall, liebe Serena", sagte sie mit leichtbebender Stimme. Wir brauchen dann nicht erst auf einen Arzt aus der Residenz zu warten. Bitten Sie ihren Bruder in meinem Namen herüber, damit er Achims Zustand untersuche."

Aber Serena hatte nicht umsonst sechs Jahre Hofluft geatmet. Sie fühlte sofort, welche Folgen dieser Schritt möglicherweise haben konnte, welches Aufsehen er nachträglich erregen, welche Verantwortung er nicht nur der Erbprinzessin, sondern auch Herbert auferlegte, falls die Krankheit des kleinen Prinzen sich verschlimmern sollte.

„Wäre es nicht besser, Hoheit, wir würden den Rat meines Bruders nur durch mich einholen?"

„Warum? Meinen Sie, daß er meine Bitte abschlagen würde?"

„Das gewiß nicht! Aber es könnte böses Blut machen und verstößt gegen die Regeln, wenn ein fremder Arzt . . ."

„Ach, das fürchten Sie? Aber darum kann ich mich doch jetzt nicht kümmern, wo es sich vielleicht um das Leben meines Kindes handelt! Gehen Sie nur, liebe Serena, holen Sie Ihren Bruder. Die Verantwortung übernehme ich!"

Serena entfernte sich. Wenige Minuten später stand Dr. v. Seilern am Bette des kleinen Prinzen. Er vermied es, die Erbprinzessin anzusehen, während er sich sogleich an die Untersuchung des Patienten machte.

Der erste Blick auf das Kind hatte ihm gezeigt, daß Serena nicht übertrieben hatte, als sie die Befürchtung aussprach, es könne sich um eine ernste Gefahr handeln.

Die Untersuchung bestätigte diese Befürchtung nur zu sehr. Frau v. Archer hatte sich auf einen Wink der Erbprinzessin ins Nebenzimmer zurückgezogen. Serena war ans Telephon gerufen worden.

In Dr. v. Seilerns grauen Augen lag ein warmer, mitleidiger Schein, als er sich nun aufrichtend die Erbprinzessin ansah.

„Hoheit dürfen nicht erschrecken", sagte er leise, „es wird gewiß alles gut werden, aber hier ist ein sofortiger Eingriff unbedingt nötig, um das Leben des Prinzen zu retten."

„Ein . . . Eingriff? Was . . . was um Gottes willen fehlt denn Achim?"

„Es ist ein schwerer Fall von Diphtherie. Heute morgen hätte vielleicht noch eine Serum injektion genügt, um alles zum Guten zu wenden — jetzt kann nur das Messer helfen, wenn das Kind nicht ersticken soll!"

Die Erbprinzessin fuhr taumelnd zurück, flackerndes Entsetzen im Blick.

„Tracheotomie? Sie wollen . . .?"

„Ich muß! Aber beruhigen sich Hoheit nur. Das ist ja nicht so schlimm, wie es aussieht. Ich —"

Er konnte nicht vollenden, denn die Erbprinzessin schwankte plötzlich und wäre zu Boden gestürzt, wenn er nicht rasch zugesprungen wäre und sie in seinen Armen aufgefangen hätte.

„Nicht . . . nicht . . . tun Sie es nicht, Herbert," stammelte sie, alle Herrschaft über sich verlierend.

Der flehende Klang ihrer Stimme — die Worte — sein Name von ihren Lippen halb bewußtlos gemurmelt, durchzuckten ihn wie ein Feuerstrahl und weckten jäh die Erinnerung an einen ähnlichen Augenblick vor sieben Jahren, den er nie vergessen konnte bis an seines Lebens Ende!

Auch damals hatte sie so hilflos in seinen Armen gelegen . . . hatte dieselben Worte gestammelt . . . nur daß sie damals frei gewesen war und ihre Angst einem ganz andern Gefühle entsprang . . .

Sekundenlang verlor auch er die Herrschaft über sich. Ausgelöscht waren die Jahre. Vergessen die Not des Augenblickes. Nichts lebendig in ihm als der heiße Drang, sie zu beruhigen — wie damals. Wie sie ihn, sprach auch er sie an, wie damals, als sie noch halbe Kinder waren im Parke von Helfersdorf . . .

„Gräfin Holda . . . liebe Gräfin Holda, fürchten Sie doch nichts!"

Dann raffte er sich zusammen, zwang mit eisernem Willen die Schwäche in sich nieder, die ihn überkommen wollte, als er ihren schlanken bebenden Körper an seiner Brust fühlte und den wilden Schlag ihres Herzens an dem seinen spürte.

Mit sanfter Gewalt drückte er sie in einen Lehnstuhl. Seine Stimme klang plötzlich fest und ruhig, beinahe streng.

„Sie müssen sich beherrschen, Hoheit, und tapfer sein um Ihres Kindes willen! Ich kann mich jetzt nicht länger mit Ihnen beschäftigen, denn wir haben wahrlich keine Zeit zu verlieren. Ich muß sofort zum Dorfarzt, um mir die nö

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

In Spa entscheidet sich ein [illegible] Schicksal und Zukunft unseres Volks und Reichs, mit dem wir auf Gedeih und Verderb verbunden sind. An die Spitze des politischen Programms sei deshalb das unverbrüchliche Bekenntnis der **Einheit des deutschen Volks und Reichs** gestellt. Einer Ueberspannung der Zentralisation werden wir uns widersetzen. Auf die Erhaltung der Selbständigkeit unserer **Justizverwaltung** legen wir besonderen Wert. Die Gemeinsamkeit der **wirtschaftlichen** Interessen der südwestlichen Gebiete Deutschlands wird durch die geographische und die Verkehrslage aufgedrängt. Der **Wiederaufbau dieser zerrütteten Wirtschaft** ist die erste Aufgabe, die uns für Jahre obliegt. Eine akute Wirtschaftskrise bedroht uns. Die Ursachen sind der verlorene Krieg, die Wirtschafts- und sonstige Politik unserer Kriegsgegner, die Revolution und ihre Folgen. Beharren die Feinde auf ihren bisherigen Wegen, so ist unsere Wirtschaftslage hoffnungslos. Unternehmer und Arbeiter müssen unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Aufgaben und Rechte für das gemeinsame Ziel zusammenarbeiten. Die Pflege und Förderung des **Lehrlingsausbildungs- und Fachschulwesens** wird eine wesentliche Aufgabe der staatlichen Gewerbeförderung sein müssen.

Weitere Forderungen sind Schaffung von **Arbeitsgelegenheit** und Durchführung der **Fürsorgegesetzgebung** mit besonderer Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die Versorgung mit Rohstoffen und Kohlen. Die **Aufteilung** des volkswirtschaftsschädlichen **Großgrundbesitzes** soll in Bälde durch Gesetz gelöst werden. Auch der Ertrag einer gute Ernte bedarf der Ergänzung durch erhebliche Einfuhr. Es muß alles getan werden, um die Menge der **landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu steigern.** Ausreichende Versorgung mit **Dünge- und Futtermitteln** wird den geforderten **Preisabbau** der landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorbereiten, der die Voraussetzung bildet für eine Gesundung unserer Preis- und Lohnverhältnisse überhaupt.

Den **Abbau der Zwangswirtschaft** bis auf Getreide und Milch halten wir für notwendig. Die Schlachtviehaufbringung wird demnächst umgeformt. Der Ausfall der Kartoffelernte wird darüber entscheiden, ob die Versorgung sich in freien Bahnen vollziehen kann. Die Eierbewirtschaftung wird nach Erfüllung des diesjährigen Lieferungssolls aufgehoben werden.

Einer der wichtigsten Grundsätze der Gesamtregierung wird **Sparsamkeit** sein. Eine Durchprüfung der Besoldungsordnung, eine Regelung der Bezüge der Alterspensionäre und eine Ergänzung der Besoldungsordnung durch zu schaffende Stellen im Haushaltplan wird folgen. Ein Gesetz über den Uebergang der Schuldenverwaltung vom Landtag an das Finanzministerium wird nächstens vorgelegt. Der Staat ist nicht in der Lage, die Schullasten in vollem Umfang zu tragen. Der Redner dankt namens der Regierung der Polizei- und Reichswehr, wie den Beamten für die bei den letzten Unruhen geleisteten Dienste. Die persönliche Tüchtigkeit muß bei der Ernennung der Beamten entscheidend sein. Jeden Anspruch auf Vorrechte irgend einer Klasse, jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft verwerfen wir. Jeden Versuch, mit Gewalt Aenderungen herbeizuführen, werden wir unterdrücken. Zu den dringenden Aufgaben der inneren Verwaltung gehört die **Verstaatlichung der Ortspolizei** in den großen und mittleren Städten, die Beseitigung der Wohnungsnot in den Industriegemeinden, die Inangriffnahme der Neckarkanalisation im Lauf des Sommers, die Vereinfachung der Verwaltung. Eine neue Gemeinde- und Bezirksordnung in Verbindung mit der Aufhebung der Kreisregierungen wird eingeleitet. Die Grundschule und eine grundlegende Verbesserung des Fortbildungsschulwesens usw. sind weitere Aufgaben. Der Mitarbeit der Kirchen kommt beim inneren Wiederaufbau unseres Volks hohe Bedeutung zu. Es ist unser aufrichtiger Wille, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren, wie mit allen in unserem Volk, die ernstlich arbeiten wollen.

Abg. **Bazille** B(P.) beantragt Vertagung der Besprechung auf die nächste Sitzung. — Das Haus stimmt zu. — Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 9 Uhr.

*

In der nächsten Woche soll bis Mittwoch getagt und das Gesetz betr. Uebergang der Staatsschuldenverwaltung an das Finanzministerium verabschiedet werden. Ende Juli soll der Etat vorgelegt werden, der anfangs September dem Landtag zur endgültigen Verabschiedung unterbreitet werden soll. Dann erst wird eine größere Arbeitspause eintreten.

Württemberg.

ep **Stuttgart,** 7. Juli. (Für die Innere Mission.) Einige Zahlen mögen zeigen, wieviel Verständnis und Hilfsbereitschaft der Aufruf für die Innere Mission im evang. Volk findet. In Hundersingen (450 Einw.) gingen 3105 Mk. ein, in Heimerdingen (850 E.) 3076 Mk., in Pfaffenhofen (1079 E.) 1465 Mk., in Kirchberg a. Murr (1370 E.) 1627 Mk., Höpfigheim (628 E.) 1000 Mk., in Böhringen (1120 E.) 1718 Mk., in Erkenbrechtsweiler (851 E.) 1035 Mk., in Schöckingen (552 E.) 2465 Mk. An Einzelgaben seien hervorgehoben: ein Taglöhner gab 50 Mk., eine Lehrerin 1000 Mk., N. N. in Ebingen 10 000 Mk., die Dahn'sche Gemeinschaft (E. V.) 10 000 Mk. Im ganzen waren am 6. Juli etwa 210 000 Mk. gemeldet. — Es ist festgestellt, daß in Stuttgart ein unbekannter Mann an den Glastüren um Geldgaben bittet angeblich für die Innere Mission. In Wirklichkeit ist er ein Betrüger; alle Sammler und Sammlerinnen für die Innere Mission haben eine vom Pfarramt des Bezirks gestempelte Sammelliste, die sie überall unaufgefordert vorzeigen.

Stuttgart, 7. Juli. (Die Fernsprechgebühren.) Bürgerpartei und Bauernbund ersuchen in einem Antrag das Staatsministerium, bei der Reichsregierung auf eine Ermäßigung der Fernsprechgebühren hinzuwirken, insbesondere auf eine Staffelung, die auch den kleinen und mittleren Handel- und Gewerbetreibenden die Haltung eines Fernsprechers ermöglicht.

Stuttgart, 7. Juli. (Preisabbau.) Die hier vertretenen Verbände des Textilhandels haben ihre Verkaufspreise ermäßigt, um an der notwendigen Herbeiführung einer allgemeinen Verbilligung mitzuhelfen.

Stuttgart, 7. Juli. (Forstakademie.) Zu den Kosten der Verlegung des landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Unterrichts nach Freiburg zahlt die württ. Regierung an die bad. Regierung einen einmaligen Beitrag von 150 000 Mk. Auch stellt sie hiezu nach Bedarf ihre bisherigen wissenschaftlichen Hilfsmittel für den Forstunterricht an der Universität Tübingen für die Neueinrichtung in Freiburg zur Verfügung.

Großbottwar, 7. Juli. (Wildschweine.) Gestern abend während der Dämmerung wurden am Harzberg zwei Wildschweine beobachtet.

Backnang, 7. Juli. (Ruhr.) Hier tritt die übertragbare Ruhr wie vor zwei Jahren wieder auf. Bis jetzt sind 15 Fälle angezeigt und ein Opfer der Seuche zu beklagen.

Mühlacker, 7. Juli. Der hiesige Wohnungsausschuß beschloß, in Anbetracht der großen Wohnungsnot an Neuvermählte, von denen der Mann unter 25 Jahre alt ist, keine Wohnung mehr anzuweisen.

Heidenheim, 7. Juli. (Unter dem Belagerungszustand.) Eine Woche lang war unsere Stadt mit 5 Abteilungen Polizeiwehr belegt. Am letzten Samstag zogen vier Abteilungen wieder in ihre Standorte zurück. Die noch hier verbleibenden Mannschaften wurden von der Turnhalle und Gewerbeschule in die „Eintracht" verlegt, sodaß der Schulbetrieb wieder aufgenommen werden konnte.

Schnaitheim, 7. Juli. (Wurstvergiftung.) Eine 61jährige Witwe ist nach dem Genuß von Leberwurst unter qualvollen Schmerzen in wenigen Stunden an Wurstvergiftung gestorben.

Dornhan, 7. Juli. (Schadenfeuer.) In Betzweiler ist das große Bauernanwesen der Geschwister Link vollständig niedergebrannt. Anscheinend liegt Brandstiftung vor.

Schramberg, 7. Juli. (Kürzung der Arbeitszeit.) Infolge schlechten Geschäftsgangs sehen sich die Uhrenfabrikanten des Schwarzwalds genötigt, eine Kürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen. Sie beträgt vorerst wöchentlich 14 Stunden und tritt Mitte Juli in Kraft.

Tuttlingen, 7. Juli. (Ein Gauner.) Auf der Strecke Sigmaringen—Tuttlingen wurde ein falscher Kriminalbeamter festgenommen, der gerade einer Ebinger Frau Lebensmittel beschlagnahmen wollte, dabei aber von anderen Zuginsassen erkannt wurde. Es handelt sich um den hier wohnhaften Instrumentenmacher A. Egle von Möhringen. Nachdem ihm die Mitreisenden zunächst eine Tracht Prügel verabreicht hatten, wurde er an die hiesige Polizeiwache abgeliefert.

Ulm, 6. Juli. (Der Blaubeurer Krawall.) Auf Betreiben des Fräsers Eckert von Blaubeuren und des Graveurs Otto Werner von Ulm fand am 12. Januar d. J. in Blaubeuren eine Kundgebung gegen die Lebensmittelteuerung statt, zu der die Arbeiter zum Teil durch Bedrohung herangezogen wurden. Auf Veranlassung Eckerts wurden Oberamtmann Nagel und Stadtschultheiß Dorn, Gutsbesitzer Bosch und Bauer D. Ahorn von Seißen unter schweren Mißhandlungen auf den Marktplatz geschleppt und verhöhnt, den Ahorn wollten zwei Burschen in einen Brunnen stürzen. Eine von Ulm eingetroffene Abteilung der Polizeiwehr mußte unter Verhöhnung wieder abziehen. Aehnliche Auftritte fanden darauf in dem benachbarten Gerhausen statt. Gegen Eckert und Werner und 29 andere Beteiligte wurde nun das Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet. Die Verhandlung von dem Schwurgericht hat heute begonnen.

Laupheim, 7. Juli. (Der Preisabbau.) Beim Wochenmarkt ging das sog. Ziefer — Gänse, Hennen, Enten usw. — im Preise zurück. Viele Verkäufer nahmen ihre Ware wieder mit nach Hause.

Biberach, 7. Juli. (Besitzwechsel.) In Reinstetten hat der Gemeinderat das Gasthaus zum Baum um 40 000 Mk. angekauft, um es als Rathaus einzurichten.

Vom Bodensee, 7. Juli. (Leichenfund im Obersee.) Bei der Schiffswerft Minn in Reutenen bei Wasserburg wurde eine weibliche Leiche an das Ufer gespült. Der Toten, einer Dame im Alter von 30—32 Jahren, war ein großer Stein um den Hals gehängt. Der Körper trug noch Bluse und Beinkleid, eine Hand hielt krampfhaft die Handtasche, in der neben Schlüsseln auch eine Fahrkarte Aalen-Friedrichshafen vom 25. Februar sich befand. Die Leiche kann also schon seit dieser Zeit im Wasser gelegen sein. Um den Hals trug die Tote ein Medaillon mit ihrer Photographie und der eines deutsch-türkischen Kriegers.

Der letzte Gewittersturm hat auch auf dem Untersee arg gewütet. Blätternachrichten zufolge wurden viele Sedelboote ans Ufer verschlagen, andere kenterten. So ist bei Hagnau ein Yacht an das Land geworfen worden, einer anderen wurden die Segel zerrissen, eine Jolle, mit einer Dame und einem Herrn als Besatzung, kenterte. Der um diese Zeit fällige Kursdampfer rettete die Besatzungen von vier gekenterten Booten. Das Dampfboot „Charlotte", das um 6.05 Uhr in Konstanz eintreffen sollte, konnte nur mit vieler Mühe in Meersburg landen. Unterwegs wurde ein Segelboot aufgefunden, das kieloben trieb und leer war. Ein anderes Segelboot erhielt durch das Zollmotorboot Hilfeleistung.

Baden.

Karlsruhe, 7. Juli. Um den wetterkundlichen Unterricht zu fördern, hat das bad. Unterrichtsministerium den Schulen empfohlen, die von der bad. Landeswetterwarte täglich herausgegebenen Wetterkarten zu beziehen und im Unterricht zu verwenden.

In den letzten Jahren ist es wiederholt vorgekommen, daß Schüler, welche die Aufnahmeprüfung in eine höhere Lehranstalten am Ende des vorangegangenen Schuljahrs nicht bestanden hatten, unter Verschweigen dieses Umstands die Prüfung zu Beginn des neuen Schuljahrs an einer anderen Lehranstalt machten. Um das zu verhindern, hat das bad. Unterrichtsministerium angeordnet, daß die Direktionen die Namen der in der Juliprüfung nicht bestandenen Schüler allen Direktionen der anderen Lehranstalten mitteilen.

Karlsruhe, 7. Juli. Gestern vormittag gab es auf dem Marktplatz wieder stürmische Auftritte. Eine große Zahl Arbeiter kontrollierte die Obst- und Gemüsepreise und erzwang deren Herabsetzung. Der Preis für Bohnen wurde von 1 Mark auf 60 Pfg., für Kirschen von 2 auf 1 Mk., für Gurken von 2.20 auf 1 Mk., für Zwiebeln von 60 auf 42 Pfg. herabgesetzt. Darauf zogen die Demonstranten vor die Warenhäuser in der Kaiserstraße. Die Gewerkschaftsführer traten aber hier vermittelnd ein, worauf die Menge sich wieder zerstreute.

Karlsruhe, 7. Juli. Vom 31. Juli bis 1. August findet hier im städt. Schlachthof eine Ausstellung von Hunden aller Rassen statt. In allen Klassen werden feste Geldpreise vergeben.

Durlach, 7. Juli. In Weingarten wurde während eines Gewitters die Scheune des Landwirts H. Breitenstein durch Blitzschlag eingeäschert. Die großen Heubestände verbrannten und auch das Wohnhaus wurde beschädigt. Der Viehstand wurde gerettet.

Kehl, 7. Juli. Im Straßburger Rheinhafen sind die ehemaligen deutschen Schiffe „Parsifal" und „Lorelei", die früher der deutschen Rheinschiffahrtsgesellschaft Köln-Düsseldorf gehörten, unter französischer Flagge eingelaufen. Sie gehören zu den Rheinbewachungsschiffen und sind mit 8 Geschützen und 35 Mann Besatzung versehen.

Heidelberg, 7. Juli. Vertreter der Landesverbände Württemberg und Baden des Bundes der Bodenreformer haben in einer hier abgehaltenen Versammlung beschlossen, eine Eingabe an das Reichsverkehrsministerium zu richten, wonach das Reichsgesetz über die Kanalisierung des Neckars das Enteignungsrecht enthalten soll für alles Grundeigentum, das zur Ausführung der Kanalbauten sowie für industrielle Anlagen und Wohnungsbauten erforderlich ist, und zwar soll die Ausdehnung nicht auf 1 Kilometer zu beiden Seiten beschränkt sein. Die Entschädigung soll im Gesetz festgelegt sein und die Wertsteigerung des weiteren Seitengeländes soll für die staatlichen Einnahmen nutzbar gemacht werden.

Heidelberg, 7. Juli. Wegen unerlaubten Tabakhandels wurde vom Schöffengericht der Landwirt Jakob Pfisterer vom Pleikhartsförsterhof zu 5000 Mk. Geldstrafe, der Landwirt Konrad Bugler vom Pleikhartsförsterhof zu 1500 Mk. und der Landwirt Georg Adam Kühn in Kirchheim zu 2500 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Tauberbischofsheim, 7. Juli. Die 15. Generalversammlung des landw. Lagerhauses Tauberbischofsheim, die von etwa 400 Landwirten besucht war, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die Versammlung sich zu einem Abbau der Preise für landw. Produkte bereit erklärt, aber erwartet, daß auch die Bedarfsartikel und die Gegenstände des Handels und Gewerbes in der Folgezeit einen entsprechenden Abbau erfahren.

Müllheim, 7. Juli. Bei Neuenburg wurden 3 Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, Schmuggelwaren nach dem Elsaß gebracht zu haben. Die Schmuggler wurden in leeren Nachen abgefaßt. Ein vierter soll ertrunken sein.

Pfullendorf, 7. Juli. Der Gemeinderat richtete an die Viehhalter des Bezirks das dringende Ersuchen, von neuerlichen Milch- und Butterpreiserhöhungen abzusehen, zumal die Heuernte glänzend ausgefallen ist.

Heuweiler, 7. Juli. Zwei Burschen von Untergotttertal, die selbst Kirschen haben, kamen nachts mit Fahrrädern angeradelt, um fremde Kirschen zu naschen. Während sie bei der schönsten Arbeit waren, kam ein Fußgänger, schwang sich auf ein Rad und fuhr davon. Für den Spott brauchten die Pfiffigen nicht zu sorgen.

Freiburg, 7. Juli. Die mit Datum September 1917 von der Stadt Freiburg ausgegebenen roten 50 Pfennig-Gutscheine hören mit dem 1. Oktober 1920 auf Zahlungsmittel zu sein. Die fraglichen Gutscheine sind bis zu dem genannten Zeitpunkt bei den städtischen Kassen Freiburgs einzulösen. Dafür werden neue 50 Pfg.-Scheine in 3 Serien, mit Ansichten vom Rathaus, Kaufhaus und Münster, sowie mit dem Hinweis auf das 800-jährige Stadtjubiläum erscheinen.

Freiburg, 7. Juli. In den letzten Tagen sind verschiedenen hiesigen Geschäftsleuten Drohbriefe zugegangen, in denen sie zu Preisherabsetzungen ihrer Waren aufgefordert werden.

Konstanz, 7. Juli. Der Verbandstag der badischen Uhrmacher beschloß u. a., daß alle in Monatsstellen bezahlten Gehälter in Form von Stundenlohn gezahlt, die Krankengelder gesetzlich geregelt werden sollen und daß die 14tägige Kündigungsfrist bestehen bleiben soll. Uhrmachermeister Devin-Karlsruhe wurde wieder zum 1. Vorsitzenden gewählt. Die nächstjährige Tagung soll in Baden-Baden stattfinden.

Karlsruhe, 7. Juli. Im Anschluß an die gestrige Teuerungsdemonstration kam es heute in der Kaiserstraße zu bedauerlichen Zwischenfällen. Ein Trupp junger Burschen drang in das Warenhaus Geschwister Knopf ein und begann dort zu plündern. Der Polizei und der Gendarmerie gelang es, das Warenhaus zu räumen. Als sich im weiteren Verlauf der Unruhen die Sicherheitspolizei zurückzog, folgte ihr die Menge johlend nach und griff sie an. Als Schüsse aus der Menge fielen, erwiderte die Sicherheitspolizei das Feuer. Hierbei wurde eine Frau durch einen Gewehrschuß getötet. Mehrere Personen wurden leicht verletzt.

Berlin, 7. Juli. Nachrichten aus Polen zufolge ist die ganze polnische Front vom Pripjet bis zu den Karpathen vollständig zerbrochen. Die Russen dringen überall vor, ohne viel Widerstand zu finden.

Vermischtes.

Die Schillerstätte Bauerbach in Gefahr. Das „Meininger Tageblatt" berichtet, daß das Wolzogensche Gutshaus in Bauerbach, in dem Schiller nach seiner Flucht „Kabale und Liebe" und den Beginn von „Don Carlos" schrieb, im Begriff steht, ein Opfer der Wohnungsnot zu werden. Die drei Zimmer, die Schiller dauernd bewohnte, sind im Gegensatz zu den anderen Schillerstätten, dem Geburtshaus in Marbach und dem Schlaf-, Arbeits- und Sterbezimmer in Weimar, ohnehin schon recht verwahrlost. An dem Haus ist wohl eine Gedenktafel angebracht, im Arbeitszimmer aber steht neben den Gerätschaften, die Schiller benutzte, moderner Hausrat; die beiden anderen Zimmer werden bewohnt. Sie enthalten nichts mehr, was an Schillers Aufenthalt erinnern könnte. Und nun soll infolge der Wohnungsnot auch das Arbeitszimmer zu Wohnzwecken benutzt werden.

Agen Instrumente zu verschaffen. Begeben Sie sich ruhig in Ihre Gemächer und vertrauen Sie mir! Ich werde für Ihr Kind alles tun, was ich für ein eigenes tun könnte, und bin bestimmt, Ihnen bald gute Botschaft senden zu können."

Seine ruhige Bestimmtheit machte tiefen Eindruck auf sie. Die irre flackernde Angst in ihrem Blick verschwand.

„Ich bin ruhig," sagte sie, „es war nur die jähe Erkenntnis der Gefahr, die mich für einen Augenblick übermannte. Sie sollen Sie mich nicht fort. Ich werde stark sein! Niemand anders soll Ihnen helfen bei der Operation als ich!"

„Werden Hoheit es aber auch können?"

„Ja. Versuchen Sie es nur. Eine Mutter kann alles für ihr Kind, was sie ernstlich will!"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Wieviel kann Deutschland zahlen?

Die Frage, bis zu welchem Maß das jetzige Deutschland in der Lage sei, die von ihm zu fordernde Kriegsentschädigung zu zahlen, bespricht Paul D. Cravath, einer der ersten amerikanischen Sachverständigen auf der Friedenskonferenz in Versailles, in der Neuyorker „Evening Post". Cravath, der mit seinen Neigungen durchaus auf französischer Seite steht, spricht zunächst sein Bedauern aus, daß das französische Volk noch immer die demoralisierende Meinung hege, daß es möglich sei, eine sehr große Wiedergutmachungssumme einzutreiben. Allerdings sei England unter dem Friedensvertrag viel besser gefahren als Frankreich, habe es doch die Masse der deutschen Handelsschiffe erhalten, während die Zerstörung der deutschen Flotte seine Marineausgaben sehr vermindere. Cravath hält auch den französischen Wunsch, dagegen gesichert zu werden, daß Frankreich je wieder das Schlachtfeld Europas werde, für ganz berechtigt, aber gerade diese Sicherheit erfordere die Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages. Denn auch bei der vollständigsten Entwaffnung müßten die Deutschen immer eine ernste Friedensbedrohung bleiben „unter einem Vertrag, der sie in so vollständiger wirtschaftlicher Knechtschaft halte, daß jedes Schicksal besser erscheine als Unterwerfung". Schon jetzt sehe man die üblen Folgen „eines unerzwingbaren Vertrags"; denn der ganze Vertrag gerate mehr und mehr in Verachtung und auch seine ausführbaren Bestimmungen würden nicht ausgeführt.

Die Hauptfrage ist natürlich der Betrag der Entschädigungssumme, und bei ihm handelt es sich nach dem amerikanischen Sachverständigen „um den Betrag, den Deutschland zahlen kann oder vielmehr um den Betrag, den ihm abzufordern vernünftig ist". Eine Herabsetzung der ursprünglichen Forderung ist geboten nicht Deutschland zuliebe, sondern im eigensten Interesse Frankreichs und der Verbündeten. Unter dem Versailler Vertrag würde der Gesamtbetrag, den die Wiedergutmachungskommission festzustellen hätte, sechs Milliarden Pfund Sterling überschreiten, so daß die jährliche Verzinsung allein mehr als 300 Millionen Pfund Sterling wäre. Verschiedene Schätzungen dessen, was Deutschland wirklich zahlen könne, seien aufgestellt worden. Keynes habe zwei Milliarden Sterling oder dreißig jährliche Abzahlungen von 50 Millionen ohne Verzinsung vorgeschlagen, und Miller, der Beirat der amerikanischen Mission, habe drei Milliarden „die optimistischste Schätzung" der dortigen Sachverständigen genannt; aber tatsächlich seien alle solche Schätzungen einer Totalsumme nur irreleitend. „Denn alle Sachverständigen stimmen in folgendem überein: Nachdem Deutschland sein Gold, seine Schiffe und ausländischen Papiere ausgeliefert hat, müssen weitere Zahlungen an Abzahlungen erfolgen, die sich über eine beträchtliche Zahl von Jahren ausdehnen müssen; diese Abzahlungen können nur gezahlt werden durch die Ausfuhr von Erzeugnissen deutscher Arbeit, und können schließlich nicht mehr betragen als den Ueberschuß der deutschen Ausfuhr über die Einfuhr". Denn deutscher Besitz ist dafür nicht verfügbar, „wenn er nicht nach neutralen oder oder alliierten Finanzzentren übergeführt werden kann, um dort gebraucht zu werden." Die Hauptfrage, die in Spa zur Diskussion steht, geht daher dahin, wie viel kann Deutschland jährlich zahlen und das „läuft auf die Frage hinaus, um wie viel kann es jahraus, jahrein seine Ausfuhr über seine Einfuhr hinaus gewaltsam steigern."

Cravath meint, man brauche die Frage nur so zu stellen, um zu sehen, wie nichtig alle Hoffnungen auf eine große jährliche Zahlung Deutschlands seien. Vor dem Krieg habe der Wert der deutschen Ausfuhr mit seinen Einnahmen aus Schiffsfrachten und Kapitalanlagen im Ausland den der Einfuhr nur um 26 Millionen Pfund Sterling jährlich überschritten, und Deutschland könne natürlich an eine Erhöhung dieser ihm günstigen Handelsbilanz gar nicht denken, so lange es nicht mit der Wiederaufnahme seines normalen Wirtschaftslebens einen guten Anfang gemacht habe, und das werde selbst mit der Hilfe der Verbündeten nicht vor mehreren Jahren geschehen. Vor dem Krieg hätten Lebensmittel und Rohstoffe 63 Prozent der deutschen Einfuhr ausgemacht; hier gebe es wenig Gelegenheit für Einschränkung, da jede Erhöhung der Ausfuhr eine Vermehrung der Rohstoff-Einfuhr nötig machen würde. Die Faktoren, die gegen eine Erhöhung der deutschen Ausfuhr sprechen, faßt er, wie folgt zusammen: Deutschland hat wertvolles Gebiet und verschiedene Millionen seiner Bevölkerung verloren. Die Wirksamkeit seiner Arbeit ist durch den Krieg nicht erhöht worden. Unter dem Vertrag verlor es alle seine Handelsschiffe und beinahe alle seine auswärtigen Papiere mit einem jährlichen Einkommen aus diesen Quellen, das auf 500 Millionen Dollar geschätzt wird. Seine Währung ist entwertet; sein Auslandskredit zerstört und sein Betriebskapital verloren. Der Verlust seiner Handelsschiffe, von ein Drittel seiner Kohle, von zwei Drittel seines Eisens und von vielen seiner wichtigsten Industrien wird seine ganze wirtschaftliche Organisation aufs ernsteste stören. Verschiedene Hunderttausende seiner Arbeiter werden auswandern oder eine neue Beschäftigung in der Heimat suchen müssen.

Aus der Heimat.

Dirigentenwechsel. Herr Hauptlehrer Walz hat aus Gesundheitsrücksichten seine Stelle als Dirigent des Liederkranzes niedergelegt. Aus Anlaß seiner langjährigen und ersprießlichen Tätigkeit hat ihn der Ausschuß zum Ehrendirigenten des Liederkranzes ernannt. An Stelle des scheidenden Dirigenten wurde Herr Hauptlehrer Pfau zum Chorleiter ernannt.

Landes-Kurtheater. Am Dienstag kam Otto Ernst's beliebte Komödie „Flachsmann als Erzieher" dieses Jahr erstmals zur Aufführung. Die Rollen lagen fast durchweg in sehr guten Händen. Karl Burg als Flachsmann scheint eigens für diese Rolle geboren zu sein. Sehr gut war auch Lehrer Flemming durch Walter Villmann charakterisiert, der mit äußerster Ruhe und sachlichem Benehmen seine Rolle durchführte. Etwas mehr Ruhe und deutlichere Aussprache wäre von Hermann Klein (als Schulrat Dr. Prell) am Platze gewesen. Im Ganzen kann die Komödie als ein guter Erfolg für die Mitwirkenden verzeichnet werden. — Am Donnerstag wird Fulda's „Verlorene Tochter" und am Freitag „Die Fledermaus" zur Aufführung gelangen. Frl. Gretel Diestel-Dollinger vom Deutschen Theater Stuttgart als Gast spielt Adele. Ein guter Besuch wird zu erwarten sein. — Am Samstag Nachmittag hat die Direktion eine Kinder-Vorstellung vorgesehen und wird „Prinzessin Dornröschen" gegeben werden. Die Vorstellung beginnt um 3 Uhr. Der Vorverkauf für diese Vorstellung findet heute von 11—12½ Uhr und 4—5½ Uhr an der Theaterkasse statt. Preise der Plätze: 4, 3, 2 und 1 Mark. H. F.

Auszug aus dem Standesamtsregister vom Monat Juni 1920.

Geburten:

3. Juni. Schrafft, Karl Gottfried, Säger in Nonnenmiß, 1 Sohn.
4. „ Creiber, Wilhelm, Korbmacher, 1 Sohn.
5. „ Creiber, Hermann, Gasarbeiter, 1 Sohn.
8. „ Riexinger, Wilhelm, Hilfswärter, 1 Sohn.
14. „ Queißner, Reinhold Otto, 1 Sohn.
21. „ Rayher, Karl, Fabrikarbeiter, 1 Sohn.
26. „ Krauß, Karl, Bauwerkmeister, 1 Sohn.
28. „ Haag, Sofie Wilhelmine, Sprollenhaus, 1 Tochter.

Eheschließungen:

12. Juni. Plattmann, Ernst, Direktor, Major a. D. in Gotha mit Olga Luise, geb. Günther.
18. „ Krauß, Gottlob Friedrich, Anlagenarbeiter hier, mit Klara Luise, geb. Müller.
21. „ Schmid, Karl Christian Heinrich, Maschinentechniker aus Kirchheim u. T., mit Emma Wilhelmine, geb. Faas hier.
23. „ Vogel, Johannes Paul Alexander aus Königsberg, mit Wally Martha, geb. Frantz, Stuttgart.

Sterbefälle:

1. Juni. Springer, Auguste Wilhelmine, geb. Schott, 92 Jahre alt.
5. „ Bozenhardt, Hermann Friedrich, 8 Tage alt.
8. „ Bott, Hermann Karl, 3 Wochen alt.
9. „ Ackermann, Augustin, Schreiner, 39 Jahre alt.
11. „ Fischer, Christiane Wilhelmine: 58 Jahre alt.
15. „ Schrempp, Anna Emma, 46 Jahre alt.
28. „ Pfeiffer, Friederike Wilhelmine, 57 Jahre alt.
29. „ Single, Albertine Gertrud, 3 Monate alt.

Bekanntmachung.

Anmeldungen auf

Baumstützen

mit Angabe der Stückzahl und Länge, werden in der Zeit vom **Freitag, den 9. bis Donnerstag, den 15. Juli 1920** bei der unterzeichneten Stelle entgegengenommen. **Nachträgliche Anmeldungen** müßten **unberücksichtigt** bleiben.

Den 8. Juli 1920. **Stadtpflege Wildbad.**

Fett- und Süsstoffabgabe.

Am **Samstag vorm.** 8—12 Uhr wird das restliche **amerik. Fett**, sowie **Süßstoff** abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Bekanntmachung.

Die **Bäcker und Mehlhändler** haben **morgen Freitag** ihre sämtliche **leere Mehlsäcke** im Städt. Mehllokal abzugeben.

Städt. Mehl- u. Futtermittelabgabe.

I. Res.-Inf.-Reg. 119.

Freitag abend 8 Uhr im Wilden Mann, wegen Zusammenkunft in Calw kurze Besprechung.

J. A.: **Karl Pfau.**

Bestellungen auf

Hafertlocken

bei Abnahme von 100 Pfd. per Ztr. 230 Mk.
„ 50 „ „ „ 240 „
nimmt bis Montag, den 12. Juli entgegen

Robert Treiber.

Feinstgebrannte

Kaffee-Gerste

(ganzes Korn)
in 1 Pfd.-Packeten a Mk. 4.30 Mk. (Höchstpreis),

Feinstgebrannten Kaffee

2 Pfund Mk. 24.—
empfiehlt so lange Vorrat reicht

Robert Treiber.

Heufieberkranke!

schließt Euch dem „Verein zur Bekämpfung des Heufieberleidens" an.

Symptome: Juckreiz in Augen und Rachen, starker Nießreiz und Schnupfen, Bronchialbeschwerden, Asthma, alles besonders zur Blütezeit auftretend.

Jahresbeitrag 10 Mk., wofür aufklärende Druckschriften usw.

Geschäftsstelle: **Elberfeld, Frankenplatz.**

Schuhhaus Wilh. Treiber, Wildbad.

Wenn Du elegantes Schuhwerk haben willst — So denk nur an die überall

bekannte Marke

MERCEDES

Bruchleidende

bedürfen **kein** sie schmerzendes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend **kleines**, nach Maß und **ohne** Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch **jeder** Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch **jedem** Leiden entsprechend herstellbar ist.

Mein Spezialvertreter ist am **Mittwoch, den 14. Juli, mittags von 1¼ bis 4½ Uhr in Wildbad, Hotel Kühl. Brunnen**, sowie am **Mittwoch, den 14. Juli, morgens von 7½ bis 10¾ Uhr in Calw, Hotel Adler** und am **Donnerstag, den 15. Juli, morgens von 8½ bis 1 Uhr in Neuenbürg a. d. Enz, Hotel Bären** mit Muster **vorerwähnter** Bänder, sowie mit **ff. Gummi- und Federbänder** neuesten Systems, in **allen** Preislagen, anwesend. Muster in Gummi-, Hängeleib-, Leib- und **Muttervorfall-Binden, Mastdarmvorfall und verstellbare Umstandsbinden**, wie auch **Geradehalter, Krampfaderstrümpfe und Suspensorien** stehen zur Verfügung. Neben **fachgemäßer** versichere auch gleichzeitig streng **diskrete** Bedienung.

Ph. Steuer Sohn, Spezial-Bandagen- und Orthopädiefabrikation
Konstanz in Baden, **Wessenbergstr. 17**, Telephon 515.

Ein schwarzseidenes

Tuch

auf der Bank vis a vis dem Windhof „Marienruhe" **liegen geblieben.** Bitte beim Portier Hotel Klumpp abzugeben.

10 Ztr. gutes Heu

kauft **Reformschule Wildbad.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise von Liebe und Teilnahme, die wir anläßlich der langen Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres lieben Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Ernst Dietz

in so reichem Maße erfahren durften, sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank. Insbesondere danken wir dem Herrn Stadtpfarrer für seine trostreichen Worte am Grabe, den ehrw. Krankenschwestern für ihre liebevolle Pflege, den Kollegen des teuren Entschlafenen für ihren warmherzigen Beistand, den Sängern des Liederkranzes und Turnvereins für ihren erhebenden Grabgesang, ferner für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden und allen denen, die unserem lieben Verstorbenen das letzte Geleite gegeben haben.

Wildbad, den 8. Juli 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Karoline Dietz, geb. Zehwarz
mit ihren 3 Kindern
Emma, Ernst und Annale.

Frauen

hilft bei Beschwerden, Stockungen, Störungen, selbst in verzweifelten Fällen

Dr. Egger's „Monatswohl"
pr. Flasche Mk. 15.—
und
„Monatswohl" Badekräuter
pr. Karton Mk. 6.—.

Diskreter Postversand durch **Dr. Egger's Laboratorium Reutlingen Postfach 49.**

Zwei junge

Journalisten

(Wilhelmshaven) wünschen Bekanntschaft zweier netter Damen (Alter bis zu 22 Jahr.) zwecks gemeinsamer Spaziergänge und Theaterbesuch.

Offerten unter „Tat" an die Exped. ds. Blattes.

Landes-Kur-Theater

Wildbad

Direktion Steng & Krauß.

Donnerstag, den 8. Juli
Die verlorene Tochter.
Lustspiel in 3 Akten.

Freitag, 7. Juli
Die Fledermaus
Operette in 3 Akten.

Samstag nachmittag
Donröschen.
Märchenspiel.

Linden-Kabarett

Wilhelmstrasse 147
Eingang durch den Garten.
Dir.: E. Zengler.

Nach Kabarettschluss:

Tanz.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw